



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Öffentliches Zeigen von Reichskriegsflaggen unterbinden

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2490 (neu)

Reichskriegsflaggen als Symbole verfassungsfeindlicher Demonstrationen unterbinden

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2535

Mit Plenarbeschluss vom 30. Oktober 2020 hat der Ausschuss den Antrag der Fraktion der SPD sowie den Alternativantrag der regierungstragenden Fraktionen dem Innen- und Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat schriftliche Stellungnahmen zu den Anträgen angefordert.

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion der SPD empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2490 (neu), für erledigt zu erklären.

Den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2535, empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Annahme.

Kathrin Bockey
stellv. Vorsitzende